

Große Anfrage

der Abgeordneten Lenzer, Maaß, Engelsberger, Gerstein, Dr. Götz, Hauser (Esslingen), Linsmeier, Magin, Dr. Neuling, Dr. Rüttgers, Seesing, Dr. Voigt (Northeim), Austermann und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr.-Ing. Laermann, Kohn, Neuhausen, Dr. Thomae, Timm und der Fraktion der FDP

Bilanz und Zukunftsperspektiven der Forschungspolitik

Seit Oktober 1982 hat die Bundesregierung ihre Forschungspolitik in verschiedenen Bereichen umstrukturiert. Die getroffenen Grundsatzentscheidungen und Maßnahmen lassen sich insgesamt in folgenden Schwerpunkten zusammenfassen:

- Ausweitung der Grundlagenforschung,
- wirksamere, die Eigenverantwortung stärkende und soweit wie möglich indirekte Forschungsförderung der Wirtschaft,
- Aufgreifen chancenreicher technologischer Entwicklungslinien mit neuen Förderungsprogrammen, vor allem Informationstechnik, Biotechnologie und Materialforschung,
- Ausbau der Vorsorgeforschung, insbesondere in den Bereichen Umwelt, Klima und Gesundheit sowie Konsolidierung des Programms Humanisierung des Arbeitslebens,
- Stärkung der Forschungsgebiete mit langfristigen Perspektiven, vor allem der Weltraumforschung,
- Neuorientierung der Großforschungseinrichtungen,
- Ausbau und Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit.

Hinsichtlich der Förderung der zivilen Forschung und Entwicklung durch den Bund gibt es eine Vielzahl von Instrumenten, die sich teilweise historisch entwickelt haben. Schwerpunkte der Unterstützungsmaßnahmen seitens des Bundes sind die direkte und indirekte Forschungsförderung. Die Auffassung der Bundesregierung dazu ist 1984 im Bundesforschungsbericht VII (Drucksache 10/1543) dargelegt worden.

Im Rahmen der allgemeinen politischen Zielsetzung, den Staatseinfluß zu verringern, müssen direkte und indirekte Forschungsförderungen so gestaltet werden, daß mit einem Minimum an

Verwaltungsaufwand die erstrebten forschungspolitischen Ziele erreicht werden können. Die bisherigen Erfolge bei der Umstrukturierung der Forschungspolitik hinsichtlich der Thematik, der Institutionen und Instrumente müssen Ansporn für weitere Anstrengungen sein. Dies gilt auch für die Forschung an Hochschulen, die aber nicht Gegenstand der hier geforderten Bilanz sein soll.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand von Wissenschaft und Technik in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Indikatoren sind geeignet, den Forschungsaufwand und die Ergebnisse der Forschung darzustellen?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der Grundlagenforschung in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Investitionen sind seit 1982 durch die Bundesregierung im Rahmen der Grundlagenforschung unterstützt worden?
3. Welchen Anteil haben die Ausgaben für Grundlagenforschung an den gesamten deutschen Forschungsausgaben (dargestellt für die Jahre 1980 bis 1986), und welchen Beitrag leisten zur Forschungsfinanzierung die Stiftungen oder Spenden aus sonstigen Quellen?
4. In welchem Umfange wird die Grundlagenforschung in den USA über Stiftungen finanziert, und welche Folgerungen lassen sich hieraus für die Bundesrepublik Deutschland ziehen?
5. Welche Instrumente stehen zur Verfügung, um auch im Bereich der Grundlagenforschung indirekte Forschungsförderungsmaßnahmen zu verstärken?
6. Welche Maßnahmen wurden in die Wege geleitet, um eine Entbürokratisierung der Forschung in Großforschungseinrichtungen zu erreichen?
7. Welche Ergebnisse hat die Bundesregierung mit dem Sonderprogramm Spitzenforschung erreicht?
8. Wie beurteilt die Bundesregierung den bisherigen Aufbau von Forschungsschwerpunkten und die verstärkte Kooperation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschungseinrichtungen?
9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Förderung des naturwissenschaftlich-technischen Nachwuchses im Bereich der Arbeitsgemeinschaft Großforschungseinrichtungen und in anderen Bereichen des BMFT?
10. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Geistes- und Sozialwissenschaften zu, und was wurde für diesen Bereich von seiten des Forschungsministers im einzelnen unternommen?
11. Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Eigenverantwortung der Wirtschaft bei der Förderung von Forschung und Entwicklung zu stärken?

12. Was hat die Bundesregierung unternommen, um chancenreiche technologische Entwicklungslinien in der Bundesrepublik Deutschland mit staatlicher Hilfe in Angriff zu nehmen?
13. Was wurde von seiten der Bundesregierung getan, um die Vorsorgeforschung zu verstärken, insbesondere in den Bereichen Umweltforschung und -technologie, Gesundheitsforschung und Technikfolgenabschätzung?
14. Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand des Programms Humanisierung des Arbeitslebens?
15. Was wurde zur Neuorientierung der Großforschungseinrichtungen unternommen und wie ist der gegenwärtige Sachstand?
16. Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der internationalen Zusammenarbeit in Forschung und Technologie?
17. Welche Zwischenergebnisse konnten bisher im Rahmen der EUREKA-Initiative erzielt werden?
18. Wie entwickeln sich die jährlichen Forschungsausgaben in der Bundesrepublik Deutschland von 1975 bis 1987, und welche Bedeutung haben steuerliche Erleichterungen für die Finanzierung der Forschung?
19. Welche steuer- und zollrechtlichen Vorschriften zur Förderung von Forschung und Entwicklung existieren in der Bundesrepublik Deutschland nach neuestem Stand?
20. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Vereinfachung der Forschungsförderung zu ergreifen?
21. Welche Forschungszulagen aus dem Bundeshaushalt, die als indirekte oder indirekt-spezifische Forschungsförderung bezeichnet werden, existieren gegenwärtig und mit welchen Laufzeiten?
22. Welche besonderen forschungsfördernden Maßnahmen wurden bisher für kleine und mittlere Unternehmen ergriffen?
23. Welche strukturellen nichtmonetären Forschungshemmnisse sieht die Bundesregierung bei vom Bund ganz oder teilweise finanzierten Forschungseinrichtungen und welche Maßnahmen gedenkt sie zum Abbau zu ergreifen?
24. Wo sieht die Bundesregierung künftig ihre Schwerpunkte bei der Forschungsförderung, aufgefächert nach Forschungsgebieten und -instrumenten?
25. Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Zahl der Projektträgerschaften zu verringern, und wie beurteilt sie die Möglichkeit der Einschaltung privater Management-Unternehmen zum Zwecke der Abwicklung staatlicher Forschungsförderungsmaßnahmen?
26. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Rahmen der Umweltforschung verstärkt von der Diagnose zur Therapie von Umweltschäden zu gelangen, und wo liegen gegebenenfalls die besonderen Ansatzpunkte?

27. Wie sieht die Bundesregierung gegenwärtig die Perspektiven der künftigen deutschen Weltraumpolitik in schwerpunktmäßiger und organisatorischer Hinsicht?
28. Welchen (auch finanziellen) Stellenwert werden künftig im Rahmen der Energieforschung die Energieträger
- Kohle,
 - sonstige fossile Energien,
 - Kernenergie,
 - regenerative Energien
- zueinander einnehmen, und welche Gründe sind dafür zu nennen?
29. Welche forschungspolitischen Maßnahmen werden seitens der Bundesregierung zur Erforschung der künftigen Perspektiven der Landwirtschaft ergriffen?
30. Welche forschungspolitischen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung schwerpunktmäßig zur Verstärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit bei medizinischer Diagnose und Therapie mit allen Bereichen der Naturwissenschaft und Technik zu ergreifen, um nicht nur die Bedrohung durch AIDS, sondern auch durch andere (insbesondere Volks-) Krankheiten zu vermindern?
31. Welchen Anteil (prozentual und absolut) an der Forschungsförderung des Bundes erhalten derzeit die einzelnen Bundesländer? Wo liegen die Gründe für Ungleichgewichtigkeiten, und welche forschungspolitischen Maßnahmen werden seitens des Bundes ergriffen, um die eigenen Bemühungen der Regionen zu unterstützen.

Bonn, den 13. Januar 1988

Lenzer	Herkenrath	Oswald	Dr.-Ing. Laermann
Maaß	Hinrichs	Pesch	Kohn
Engelsberger	Dr. Hoffacker	Dr. Pohlmeier	Neuhausen
Gerstein	Dr. Hornhues	Reddemann	Dr. Thomae
Dr. Götz	Dr. Hüsch	Frau Rönsch (Wiesbaden)	Timm
Hauser (Esslingen)	Dr. Jobst	Rossmann	Mischnick und Fraktion
Linsmeier	Dr.-Ing. Kansy	Ruf	
Magin	Kraus	Schmidbauer	
Dr. Neuling	Krey	Dr. Schroeder (Freiburg)	
Dr. Rüttgers	Kroll-Schlüter	Schwarz	
Seesing	Dr. Kunz (Weiden)	Dr. Schwörer	
Dr. Voigt (Northeim)	Dr. Laufs	Dr. Uelhoff	
Austermann	Frau Limbach	Frau Verhülsdonk	
Börnßen (Bönstrup)	Lintner	Graf von Waldburg-Zeil	
Daweke	Dr. Lippold (Offenbach)	Weiß (Kaiserslautern)	
Frau Fischer	Lowack	Wilz	
Dr. Friedrich	Frau Männle	Frau Dr. Wisniewski	
Ganz (St. Wendel)	Dr. Miltner	Wissmann	
Dr. Grünwald	Müller (Wadern)	Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion	
Harries	Niegel		
Haungs	Dr. Olderog		